

Tabak-Arbeiter

Nr. 17 / Bremen, den 25. April 1931

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis monatlich 40 Pf. ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 Pf. für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion und der Anzeigenannahme Montag. Schriftleitung: Ferdinand Dahms, Verantwortlich für den redaktionellen Teil Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald Franx. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalefeldt & Co. Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20. Telefon: Amt Domsheide 20780. Geld- und Einschreibendungen an Johannes Krohn, Postfach 5349 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten. V.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen, An der Weide 20. Verbandsausführungsvorsitzender: E. Schöne, Hamburg, Besenbühlerhof 57, Zimmer Nr. 24.

Rund um den Schiedspruch

Nachdem die Unternehmer auf der ganzen Linie dazu übergegangen waren, unter Ausnutzung der schweren und langanhaltenden Wirtschaftskrise die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, gehörte keine allzu große Prophetengabe dazu, voraussagen zu können, daß auch die Zigarrenfabrikanten keine Gelegenheit vorübergehen lassen würden, um eine Senkung der Tariflöhne herbeizuführen. Bereits am 1. Juli des vergangenen Jahres erklärte der Syndikus des Verbandes süddeutscher Zigarrenfabrikanten (Bezirksgruppe 11 des R. d. Z.) Herr Wahls in Mannheim, daß die allgemeine Lohnbewegung in Deutschland zum Stillstand gekommen sei und es von der Zigarrenindustrie als unbillig empfunden werde, daß sie am 1. Oktober noch eine Erhöhung der Löhne vornehmen solle, obgleich andere maßgebende Industriezweige sogar einen Abbau durchgeführt hätten.

Wie nicht anders zu erwarten war, stellte der Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller (R. d. Z.) bei den Tabakarbeiter-Verbänden dann auch — und zwar am 18. September unter Berufung auf die Lohnklauselnachprüfung der Hamburger Vereinbarung — den Antrag, den damals bestehenden Lohn ohne weitere Erhöhung bis zum Ablauf des Tarifvertrages weiter gelten zu lassen. Daß die Tabakarbeiter-Verbände einem solchen Antrag die Zustimmung versagen mußten, versteht sich von selbst. Wie bekannt, hat die darauf eingesetzte Schlichterkammer dann auch entschieden, daß eine Nachprüfung der Löhne nicht möglich sei, weil eine Veränderung der Lebenshaltungskosten um 3 v. H. nicht als wesentlich angesehen werden könne. Die Zigarrenfabrikanten mußten also wohl oder übel die bis dahin geltenden Endtariflöhne um 2 v. H. der Reichsgrundlöhne erhöhen.

Aber schon damals ließ der R. d. Z. keinen Zweifel darüber, daß er beim Ablauf der Geltungsdauer des Reichstarifvertrages einen Generalangriff auf die Löhne der Zigarrenarbeiterschaft unternehmen würde. Daß es sich nicht um leere Drohungen handelte, bewies die unterm 29. Januar erfolgte Aufkündigung des Lohnabkommens zum 31. März dieses Jahres. Mit voller Absicht verzichtete der R. d. Z. auf die Kündigung des gesamten Tarifwerks, um alle Kräfte auf den Lohnabbau konzentrieren zu können. Was dann folgte, ist bekannt: Erst im letzten Augenblick, zu Beginn der Lohnverhandlungen am 3. März, rückte der R. d. Z. mit seinen gerabezu ungeheuerlichen Anträgen heraus, die von den Tabakarbeiter-Verbänden selbstverständlich abgelehnt wurden. Auf der anderen Seite konnte sich der R. d. Z. wiederum mit den Gegenforderungen der Tabakarbeiter-Verbände nicht einverstanden erklären. Die Folge war, daß die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden mußten, und die Tabakarbeiter-Verbände den Reichsarbeitsminister um die Bestellung eines Schlichters ersuchten.

Unter der Leitung des daraufhin bestellten Sonderschlichters Herrn Dr. Stenzel haben dann am 9. April (nicht März, wie es verkehrtlich in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ hieß) in der Hamburger Gewerbehäus die Schlichtungsverhandlungen begonnen, deren Ergebnis in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ veröffentlicht worden ist. Wie schon bei früheren Gelegenheiten, so malten die Wortführer des R. d. Z. auch diesmal wieder die Lage der Zigarrenindustrie schwarz in schwarz. Es gibt kein Ungemach der Welt, daß sie nicht auf die nach ihrer Meinung viel zu hohen Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarrenherstellung zurückführten. Alle Pleiten und Betriebsstilllegungen, alle Widerwärtigkeiten und Schwierigkeiten, mit denen die Zigarrenfabrikanten gegenwärtig kämpfen müssen, haben die angeblich so hohen Löhne der Zigarrenarbeiterschaft verschuldet. Es hätte nicht viel daran gefehlt,

und sie wären auch noch dafür verantwortlich gemacht worden, wenn Söhne und Schwiegersöhne von Zigarrenfabrikanten über ihre Verhältnisse leben oder wenn die Großmutter eines Zigarrenfabrikanten Hühneraugen bekommt.

Daß die Vertreter der Tabakarbeiter-Verbände es an der notwendigen Aufklärung über die tatsächlichen Verhältnisse im Zigarrengewerbe nicht fehlen ließen, versteht sich von selbst. Versehen mit einem hieb- und stichfesten Material, bekämpften sie nicht nur die Lohnabbauanträge der Zigarrenfabrikanten, sondern setzten sich auch für die dem R. d. Z. unterbreiteten Gegenforderungen ein. Insbesondere wiesen sie auf die an und für sich schon niedrigen Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarrenherstellung hin, die infolge der durch das Tabaksteuergesetz bedingten Umstellungen noch weiter herabgedrückt worden sind. Aber alles war vergebens. Der R. d. Z. wollte die infolge der großen Arbeitslosigkeit für ihn günstige Situation nicht vorübergehen lassen, ohne die Löhne abgebaut zu haben.

Und der Schlichter? Er hörte sich die Gründe und Gegenstände der beiderseitigen Parteivertreter an und ließ dann durchblicken, daß von einem Lohnabbau in der vom R. d. Z. geforderten Höhe nicht die Rede sein könne. Weiter gab er aber auch zu verstehen, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarrenindustrie einen Lohnabbau in Kauf nehmen mußten. Die Vertreter des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes standen nun vor der Frage: was tun? Blieben sie bei ihrer rein ablehnenden Haltung, dann entstand die Gefahr, daß entweder der Schlichter einen Schiedspruch mit den Unternehmervertretern fällen würde, oder, wenn beide Parteien gegen den Vorschlag des Schlichters gestimmt hätten, überhaupt nichts zustande gekommen wäre. Denn daß dann ein neues Schlichtungsverfahren eingeleitet worden wäre, muß zum mindesten sehr in Frage gestellt werden.

Auf ein solches Lotteriespiel konnten sich die Vertreter des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes selbstverständlich nicht einlassen, ganz abgesehen davon, daß noch gar nicht feststand, wie der Schiedspruch aussehen würde, wenn ein neues Schlichtungsverfahren eingeleitet worden wäre. Wollte man sich also nicht der Gefahr aussetzen, daß ein tarifloser Zustand eingetreten oder ein Schiedspruch zur Zufriedenheit des R. d. Z. gefällt worden wäre, blieb nichts anderes übrig, als den rein ablehnenden Standpunkt aufzugeben und auf die Gestaltung der Dinge Einfluß zu gewinnen, um das der Zigarrenarbeiterschaft drohende Unheil auf ein Minimum herabzudrücken. So ist dann auch von den Vertretern des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes gehandelt worden, bis es zu dem Ergebnis kam, das in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ veröffentlicht worden ist.

Zu einer solchen Taktik gehört natürlich ein hohes Maß von Verantwortungsbewußtsein; denn es wäre sehr leicht und bequem gewesen, den starken Mann zu spielen, und alle Schuld für das, was sich dann ergeben hätte, dem Schlichter und dem R. d. Z. aufzubürden. Aber den Arbeiterinnen und Arbeitern der Zigarrenindustrie wäre damit sicher nicht gedient gewesen. Ihr Interesse verlangte, den nun einmal nicht abzuwendenden Lohnabbau so gering wie möglich werden zu lassen. Damit soll der Lohnabbau in der Zigarrenherstellung selbst in keiner Weise als notwendig und berechtigt anerkannt werden. Alles, was im Laufe der Zeit gegen ihn ins Feld geführt worden ist, gilt nach wie vor. Jetzt kommt es aber darauf an, das vor uns liegende Jahr des Waffenstillstandes in jeder Beziehung organisatorisch und agitatorisch auszunutzen, damit es bei der nächsten Lohn- bzw. Tarifverhandlung wieder vorwärts und aufwärts geht.



Tabakgewerbe



Unfallverhütung in der Tabakindustrie

II. Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen und gewerblichen Krankheiten

Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften

Die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften wurde durch Betriebsbesichtigungen, verbunden mit etwaiger Untersuchung der nach der letzten Besichtigung vorgekommenen Unfälle, überwacht. Eine weitere Überwachung der Betriebe wurde durch Prüfung der Unfallanzeigen insofern erreicht, als verschiedentlich schriftliche Anbringung oder Benützung vorgeschriebener Schutzvorrichtungen veranlaßt wurde.

Als Ergebnis konnte in allgemeinen eine Besserung der unfall-sichereren Gestaltung der Betriebseinrichtungen festgestellt werden. In den meisten Betrieben genügte die Durchführung des Unfallschutzes, in vielen Betrieben war sie gut. In Großbetrieben waren, vom unfall-technischen und hygienischen Standpunkt aus betrachtet, mustergültige Anlagen vorhanden.

Die hauptsächlichsten und häufigsten Anordnungen waren: Hand- leisten an Treppen, Sicherung der Leitern, mangelhafte elektrische Leitungen und Fassungen, ungenügende oder fehlende Verkleidung von Wellen, Riemen oder Rädern, sowie an den Arbeitsmaschinen fehlende Abdeckung von Schwungrädern, Zahn- und Kettengetrieben. Verschie- dentlich waren vorhandene Schutzvorrichtungen zur Reinigung der Maschinen oder aus anderen Gründen abgenommen und nicht wieder angebracht worden. Mängel, die im Beisein des technischen Aufsichts- beamteten abgestellt werden konnten, sowie das Fehlen der Plakate in den Betriebsräumen wurden nicht als Verstöße bewertet.

Wünsche und Anregungsvorschläge zu den Unfallverhütungsvor- schriften äußerten weder die Unternehmer noch die Versicherten. Die in der Sitzung des erweiterten Vorstandes von dem Versichertenvertreter vorgebrachten Anregungen über Sitzgelegheiten zum Aus- ruhen für die im Stehen arbeitenden Versicherten, sowie über den in einzelnen Kautabakfabriken noch üblichen Transport von heißem Waschwasser in offenen Eimern wurden den Unternehmern durch Rundschreiben zur Kenntnis gebracht. Die Wünsche nach Vortragsstoff wurden erfüllt. Auch die Tabakarbeiter-V Verbände und die Funktionäre wurden zur Förderung der Unfallverhütung durch Vorträge auf Grund der in ihren Händen befindlichen Unterlagen aufgefordert.

Ein Versichertenvertreter aus der Zigarrenindustrie hatte der Be- rufsgenossenschaft die ihm von Versicherten vorgebrachten Klagen über besondere Unfallgefahren und mangelnde erste Hilfe in einer neuen Ma- schinenzigarrenfabrik zur Nachprüfung weitergegeben. Die Besichtigung ergab, daß der Unfallschutz an den Maschinen genügte. Eine besondere Unfallgefahr konnte nicht festgestellt werden. Trotzdem wurden noch einige allgemeine Sicherungsmaßnahmen verlangt. Die hygienischen Einrichtungen waren ausreichend, für erste Hilfe war gesorgt. Obwohl der Betrieb innerhalb von sechs Monaten stark ver- größert wurde, hielt sich die Zahl der gemeldeten Unfälle in dem bei großen Betrieben üblichen Maße. Entschädigt wurde noch kein Unfall.

Betriebsbesichtigungen

Die Betriebe wurden in der Regel ohne vorherige Anmeldung besich- tigt. Nur in ganz wenigen Fällen wurde zur Vermeidung von Ver- zögerungen die Ankunft des technischen Aufsichtsbeamten angekündigt, damit der Unternehmer die zur Lohnbuchprüfung erforderlichen Unter- lagen bereithalten oder für den Fall seiner Abwesenheit dem Vertreter die nötigen Anweisungen geben konnte. Der Tag der Besichtigung wurde jedoch nicht vorher bekanntgegeben. In mittleren und kleinen Betrieben nahmen zumeist die Unternehmer an den Besichtigungen teil, sonst über- nahmen ihre Stellvertreter die Führung. In großen Betrieben geschah die Besichtigung im allgemeinen unter Führung des Betriebs- oder Ab- teilungsleiters. Wo es erforderlich war, wurden die Unternehmer oder Betriebsleiter auf den Sinn und Zweck der Unfallverhütung hinge- wiesen, um sie zur Mitarbeit im eigenen Interesse zu gewinnen.

Auf die Mitwirkung der Versicherten an der Unfallverhütung wurde durch Hinzuziehung der Betriebsvertretungen besonderer Wert gelegt. Die Obmänner der Betriebsräte oder die Unfallvertrauensleute wur- den an ihre Pflicht erinnert, ihre Aufmerksamkeit auf die Unfallver- hütung zu richten sowie in erster Linie die Kollegen zu belehren und zu unfallsicherem Arbeiten anzuhalten. Wo in mittleren und kleinen Be- trieben der Obmann des Betriebsrates oder der Vertrauensmann der Versicherten den Rundgang wegen Dringlichkeit seiner Arbeiten nicht

mitmachen wollte, wurde er nach etwaigen Wünschen oder Mängeln des Unfallschutzes gefragt. Verschiedentlich wurden keine Betriebsräte oder Obmänner angetroffen, weil sich entweder zu diesem Posten niemand hergeben wollte oder infolge Betriebseinschränkungen oder auf Wunsch der Versicherten eine Neuwahl vorerst noch unterblieben war. In diesen Fällen wurden einzelne Versicherte befragt. Bemerkenswerte Unfälle wurden an Ort und Stelle besprochen und möglichst die Verletzten selbst gehört. Es wurde auf den Wert der Unfallverhütungsbilder hinge- wiesen. Der Zutritt zum Betriebe wurde nicht verweigert, Schwierig- keiten bei der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften wurden nicht gemacht, auch keine Beschwerden der Versicherten vorgebracht. Zur Vermittlung bei Streitigkeiten lag kein Anlaß vor.

Eine Besichtigung jugendlicher und weiblicher Versicherter an ge- fährlichen Maschinen oder mit besonders gefährdenden Arbeiten wurde nicht beobachtet.

Die Betriebsunternehmer brachten den Anordnungen des technischen Aufsichtsbeamten Verständnis entgegen. Im allgemeinen wurden die Mängel fristgerecht beseitigt. Der schlechten Wirtschaftslage wurde da- durch Rechnung getragen, daß den Unternehmern verschiedentlich für die Ausführung der Anordnungen, die besondere Kosten verursachen, eine längere Frist gegeben wurde, sofern die Sicherheit der Arbeiter nicht ge- fährdet erschien. Die Meldungen von der Beseitigung der Mängel gingen zumeist rechtzeitig ein, in einzelnen Fällen mußte gemahnt wer- den. Ermahnungen und Bestrafungen waren nicht erforderlich. Mit den Versicherten wurden vielfach die Mängel und die notwendigen Schutzvorrichtungen besprochen. In einzelnen Fällen haben die Versich- ersten noch nicht ein, daß die Unfallverhütungsvorschriften zu ihrem eigenen Nutzen erlassen sind, und daß es ihre Pflicht ist, an der Unfallverhütung durch Vorbild und durch Einwirkung auf die Kollegen mitzuarbeiten. Die Verstöße der Versicherten gegen die Unfallverhütungsvorschriften lagen vornehmlich in der Arbeitsweise. Wiederholt wurde das Reinigen und Schmierren von Maschinen während des Ganges, das Hineingreifen in laufende Maschinen oder das Nachschieben von Material mit der Hand festgestellt.

Neue Schutzvorrichtungen von besonderer Bedeutung wurden nicht angetroffen. Ein neuer Großbetrieb führte als erster in Deutschland ein neues Arbeitsverfahren durch Aufstellung von Maschinen ein, die fertige Kopfgigarren herstellen. Diese Maschinen amerikanischer Herkunft waren in unfalltechnischer Beziehung so durchgebildet, daß keine Einwände gemacht zu werden brauchten. Sonst war die Zigarrenindustrie zum größten Teil noch auf Handarbeit eingestellt. Nur in wenigen Betrieben wurden Maschinen zur Herstellung von Zigarillos und von Wickeln für Kopfgigarren angetroffen. In den Kistenmachereien und Schlossereien großer Betriebe wurden verschiedentlich Maschinen mit direkt gekuppel- tem und organisch eingebautem Elektromotor gesehen. Die konstruktive Durchbildung stellte einen besonders guten Unfallschutz dar.

Mangelhafte Schutzvorrichtungen an neu gelieferten Maschinen wur- den nur vereinzelt gefunden. Von dem Unternehmer wurde die nachträg- liche Anbringung der fehlenden Schutzvorrichtungen oder der Ersatz un- genügender durch ausreichende verlangt. Auch wurde der Unternehmer dahin belehrt, daß der nachträgliche Anbau von Schutzvorrichtungen immer teurer wird als die Mitlieferung des organisch an die Maschine angegliederten Schutzes. Die Unternehmer wurden immer wieder auf ihre Pflicht hingewiesen, Maschinen nur mit sämtlichen Schutzvorrich- tungen zu bestellen.

In versicherten Betrieben ließ die Ordnung zu wünschen übrig. Wiederholt war zu beanstanden, daß die Wege und Durchgänge mit Pakkisten und anderen Gegenständen versperrt und der Verkehr dadurch gehemmt war.

Berufskrankheiten traten nicht auf; Unfälle durch Auspuffgase wur- den nicht gemeldet. Die Staubentwicklung beim Pudern von Zigarren wurde durch Verwendung verbesserter Pudermaschinen wirksam be- kämpft. Für das Abbläuen des beim Ausblasen gepackter Zigarrenkisten aufgewirbelten Staubes wurden Abfänger verwendet. In den Betriebs- räumen wurden Luftbefeuchtungsanlagen oder Entlüftungsanlagen zu- sammen mit natürlicher Lüftung angewandt. Die Unternehmer wurden durch Rundschreiben zur Beseitigung der Staubentwicklung angehalten, die Versicherten bei der Betriebsbesichtigung über geeignete Maßnah- men zur Staubbekämpfung aufgeklärt.

Aus den Tabakvergärungsbetrieben wurden keine durch Ausdünstun- gen hervorgerufene Unfälle gemeldet, bei der Nachbesichtigung keine Mängel dieser Art gefunden und auch nicht von den befragten Versich- ersten angegeben.

Lohnvereinbarung für das Rauchtabak- und Schnupftabakgewerbe

Die beiden Arbeitgeberverbände des Rauchtabak- und Schnupftabakgewerbes hatten bekanntlich das geltende Lohnabkommen zum 30. April 1931 aufgekündigt. Ursache und Zweck der Kündigung war in dem Kündigungsschreiben nicht angegeben. Auf Ersuchen unseres Verbandes, die Abänderungsanträge möglichst bald mitteilen zu wollen, erklärten die Arbeitgeberverbände, dazu erst in der Verhandlung in der Lage zu sein und beschränkten sich nur auf die Bemerkung, daß sie es für notwendig hielten, die Reichstaxtarifmindestlöhne entsprechend den jetzt bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen herabzusetzen. Diese Heimlichtuerei der beiden Arbeitgeberverbände ließ darauf schließen, daß sie mit sehr weitgehenden Lohnabbauabsichten schwanger gingen, die solange als irgendmöglich verschwiegen bleiben sollten. Zarte Rücksichtnahme auf die Rauchtabak- und Schnupftabakarbeiter dürfte dabei weniger bestimmend gewesen sein als die Befürchtung, daß durch ein frühzeitiges Bekanntwerden ihrer Absichten die Konsumenten ihrer Fabrikate veranlaßt werden könnten, einmal über die Frage: „Lohnabbau und Bestaltung des Kleinverkaufspreises“ ernstlich nachzudenken.

Die Rauchtabak- und Schnupftabakfabrikanten verlangten dann auch in der am 18. April stattgefundenen Lohnverhandlung eine Herabsetzung der geltenden Löhne um 12 v. H. und begründeten diese Forderung damit, daß ein solcher Lohnabbau nicht nur in ihrem, sondern auch in der Volkswirtschaft und der von dem Lohnabbau betroffenen Arbeiter und Arbeiterinnen liege. Das Rauchtabak- und Schnupftabakgewerbe sei mit seinen Löhnen den anderen Gewerben vorausgeeilt. Noch im vorigen Jahre, wo bereits in anderen Industrien die Löhne abgebaut seien, hätten sie noch eine Zulage von 2 v. H. geben müssen. Diese Zulage belaste sie doppelt. Dazu komme, daß die Inbezzahlen, die trotz aller Mängel doch Meßzahlen seien, seit der letzten Lohnregelung erheblich gesunken wären. Unter Berücksichtigung dessen sei eine Abminderung der jetzt geltenden Löhne von 12 v. H. durchaus berechtigt.

Diese Forderung wurde von den Arbeitervertretern abgelehnt. Sie beantragten, daß angesichts der großen Arbeitslosigkeit, die in der gesamten Tabakindustrie herrsche, die Einführung der 40-Stunden-Woche und einen Lohnausgleich in der Form, daß der durch die Verkürzung der Arbeitszeit entstehende Lohnausfall von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte getragen werden sollte. Die Fabrikanten lehnten die Einführung der 40-Stunden-Woche ab mit dem Hinweis, daß eine gesetzliche Neuregelung der Arbeitszeit zu erwarten sei und dieser durch Sondervereinbarungen nicht vorgegriffen werden könne. Aber auch formalrechtliche Gründe wurden für die Ablehnung ins Feld geführt. Da nur das Lohnabkommen gekündigt sei, könne über eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht verhandelt werden. Alle Hinweise darauf, daß die erfolgte Technisierung der Rauchtabakindustrie, durch welche die Arbeitsleistung eines Arbeiters um rund 120 Prozent seit dem Jahre 1924 gestiegen ist, gebieterisch eine Verkürzung der Arbeitszeit erfordere, vermochten die Rauchtabak- und Schnupftabakfabrikanten von ihrem ablehnenden Standpunkte nicht abzubringen.

Aber auch die Verhandlungen über die Neufestsetzung der Tariflöhne gestalteten sich äußerst schwierig. Das große Heer der arbeitslosen und kurzarbeitenden Rauchtabak- und Schnupftabakarbeiter — rund 50 Prozent aller unserer Mitglieder in den beiden Gewerben sind arbeitslos oder arbeiten verkürzt, stärkte die Position der Rauchtabak- und Schnupftabakfabrikanten nicht unerheblich. Dennoch gelang es in zähem Ringen, die Abauforderungen der beiden Arbeitgeberverbände erheblich herabzudrücken. Der von den Arbeitervertretern geführte Nachweis, daß die seit dem Jahre 1924 vereinbarten Lohnzulagen fast restlos durch die Mehrleistungen der Arbeiter ausgeglichen seien, konnte nicht enkräftet werden. Die Folge davon war, daß die Rauchtabak- und Schnupftabakfabrikanten ihre Abauforderungen von 12 v. H. erheblich ermäßigen mußten. Es kam zu einer Vereinbarung zwischen den Tarifparteien, nach welcher die jetzt im Rauchtabak- und Schnupftabakgewerbe geltenden Tariflöhne mit Wirkung vom 1. Mai 1931 um 5 v. H. ermäßigt werden. Daß die Rauchtabak- und Schnupftabakfabrikanten trotz der schwierigen Lage, in der sich die Rauchtabak- und Schnupftabakarbeiter gegenwärtig befinden, ihre Abbaupläne nicht durchsetzen konnten und sich mit einem Lohnabbau von 5 v. H. der geltenden Löhne begnügen mußten, kann als ein guter Erfolg der Arbeiter gebucht werden. Aufgabe der Rauchtabak- und Schnupftabakarbeiter muß es nunmehr sein, daß unbefriedigende Organisationsverhältnisse durch Gewinnung neuer Verbandsmitglieder zu

bessern und so die Voraussetzung zu schaffen, daß nicht nur die weitergehenden Abbaupläne der Rauchtabak- und Schnupftabakfabrikanten auch in der kommenden Zeit erfolgreich abgewehrt werden können, sondern bei dem Einsetzen einer besseren Geschäftskonjunktur der jetzt unter der Ungunst der Verhältnisse durchgesetzte Lohnabbau wieder rückgängig gemacht werden kann. Die Vereinbarung vom 18. April 1931 hat folgenden Wortlaut:

1. Die ab 1. Oktober 1930 in Kraft befindlichen Löhne werden ab 1. Mai 1931 um 5 v. H. ermäßigt.
2. Diese Lohnvereinbarung hat Gültigkeit bis zum 30. April 1932, sie ist unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist erstmals zum 30. April 1932 und alsdann jeweils am letzten eines Monats kündbar.

Berlin, den 18. April 1931.

Unterschriften.

Erfolge der Schweizer Tabakarbeiter

In der schweizerischen Tabakindustrie ist nach einem Bericht der „Solidarität“, unserem dortigen Bruderorgan, das Vordringen der Zigarettenindustrie zu vermerken. Mehr als ein Fünftel des Tabakkonsums entfällt heute auf Zigaretten, doch war auch die Zigarren- und Rauchtabakfabrikation wenigstens in der Zentralschweiz vollbeschäftigt. Die Organisierung der Zigarettenarbeiterinnen stößt trotz zum Teil sehr geringer Entlohnung auf eine ausgeprägte Indolenz, dagegen war die eifrige Werbearbeit der Zigarrenarbeiter im Wynental und der Enden von Erfolg begleitet. Im Tessin und in der französischen Schweiz ist die schlechte Situation noch immer stabil. Die stets aktiven Sektionen in der Zentralschweiz haben auch im vergangenen Jahr verschiedene größere und kleinere Bewegungen entweder betriebs-, orts- oder bezirksweise geführt. Die syndizierten Zigarrenfabrikanten haben bis heute den Abschluß eines Tarifvertrages zu verhindern gewußt. Wenn die Stofkraft der Kollegenschaft weiterhin anwächst, wird das Blatt sich endlich doch wenden. Nach langen Kämpfen mußten die Unternehmer eine Woche Ferien zugestehen, deren Gewährung nicht mehr vom Beschäftigungsgrad abhängt. In eine eigenartige Form kleiden diese Unternehmer ihre Lohnabbautendenz. Sie liefern schlechteres Material für die Anfertigung der Zigarren und wollen die Löhne nach dem Verkaufspreis der Zigarren bestimmen. Unsere Kollegen sind diesen Verschlechterungsversuchen auf der ganzen Linie mit Erfolg entgegengetreten.

Gau- und Zahlstellenberichte

Braunsberg. Am 17. April nahmen die Mitglieder der Zahlstelle Braunsberg in einer gut besuchten Mitgliederversammlung einen Bericht des Kollegen Tschupp über das Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Lohnstreites in der Zigarettenindustrie entgegen und brachten durch Annahme einer Entschließung, welche inhaltlich der in der Zahlstelle Elbing angenommenen gleicht, zum Ausdruck, daß sie eine baldige Beseitigung des fünfprozentigen Abschlags vom Reichsgrundlohn wünschen.

Elbing. In der am 15. April im Volkshaus in Elbing stattgefundenen, stark besuchten Mitgliederversammlung der Zahlstelle Elbing erstattete Kollege Gentsch Bericht über den Gang und das Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen in Hamburg. Nach ergänzenden Ausführungen des Kollegen Tschupp und einer Aussprache über das neue Lohnabkommen wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die am 15. April 1931 im Volkshaus in Elbing tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Elbing nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der am 9. April in Hamburg stattgefundenen Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Lohnstreites in der deutschen Zigarettenherstellung. Die Versammlung würdigt die Stellungnahme der Verbandsvertreter in der Verhandlungskommission, bedauert aber die Beibehaltung des fünfprozentigen Abschlags vom Reichsgrundlohn für den Bezirk Nordost und fordert nach wie vor baldmöglichste Beseitigung des in keiner Weise gerechtfertigten Abschlags. Vorstand und Gauleitung werden ersucht, das Abkommen über den Abschlag zum nächstzulässigen Termin aufzukündigen.“

Magdeburg. In der in der vorigen Woche stattgefundenen Mitgliederversammlung berichtete Kollege Karl Lüdige über die Schlichtungsverhandlungen in der Zigarettenindustrie, welche am 9. d. M. in Hamburg stattgefunden haben. Ueber den von Herrn Dr. Stenzel gefällten Schiedspruch sei er sehr enttäuscht und könne es nicht verstehen, daß sich noch ein Schlichter finde, der den ohnehin so schlecht bezahlten Arbeitnehmern in der Zigarettenindustrie einen 4-Prozentigen Lohnabzug diktieren möge. Unsere Vertreter hätten eine Vereinbarung nicht eingehen dürfen, die eine Bindung unter den vom Schlichter gefällten Schiedspruch vorsah. Ohne die Mitglieder zu fragen, ist man einem Kampfe ausgewichen. Wenn auch für diesmal die Fabrikanten den Sieg davon getragen hätten, so müßten wir doch alles daransetzen, um das Verlorene wiederzuholen. Wir müssen uns aufrufen und unsere Organisation so stärken, damit wir uns in Zukunft keinem Diktat wieder beugen brauchen. Sämtliche Diskussionsredner erklärten sich gegen den Schiedspruch und

Abten Harse Kritik an dem Verhalten unserer Vertreter bei den Verhandlungen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Mitglieder der Zahlstelle Magdeburg können es nicht verstehen, daß unsere Vertreter mit dem Unternehmertum vereinbaren konnten, sich mit einem bindenden Schiedspruch einverstanden zu erklären. Die Mitgliedschaft Magdeburg verlangt, daß sie bei Lohnstreitigkeiten befragt wird und hofft, daß zu gegebener Zeit das jetzt Verlorene wieder zurückgewonnen wird.

Zu der in Leipzig stattfindenden Gaufonferenz am Sonntag, dem 19. April, wird der Kollege Karl Lüdge als Delegierter gewählt.

Blauen. In der am 13. April stattgefundenen gut besuchten Mitgliederversammlung referierte Kollege F i d e r (Schöned) über die gescheiterten Lohnverhandlungen in der Zigarrenindustrie. Ausgehend von der Kündigung des Lohnabkommens durch die Unternehmer, schilderte er die frechen Lohnabforderungen derselben, sowie die Gegenanschläge unserer Vertreter. Welches Ergebnis die Schlichtungsverhandlung bringen wird, konnte in der Versammlung noch nicht gesagt werden. Mit Entrüstung wandte sich die Versammlung gegen die Lohnabforderungen der Zigarrenfabrikanten. Kollege H e i n r i c h s gab dann die Abrechnung vom 1. Quartal bekannt; auf Antrag der Revisorin Kollegin Kastner wurde ihm Entlastung erteilt. Die Kollegen L e o n h a r d t und F i d e r sprachen über die Arbeitsvermittlung nach Döbeln. In der Diskussion ergab sich, daß 7 Kolleginnen die Unterstützung gesperrt wurde, da sie angeblich die Arbeit nach auswärts nicht angenommen hätten. Da verschiedene Ablehnungsgründe vorlagen und trotzdem das Arbeitsamt die Unterstützung eingestellt hat, wurde Kollege Fider beauftragt, beim Direktor des Arbeitsamts vorzusprechen. Die Berufungsläger sollen vom Kollegen Fider vertreten werden. Zum Schluß der Versammlung wurde noch die Wiederaufnahme des hiesigen Betriebes besprochen. Kollege F i d e r forderte alle Anwesenden auf, treu zum Deutschen Tabakarbeiter-Verband zu stehen. Nach einigen Ausführungen des Vorsitzenden konnte selbiger die gutverlaufene Versammlung schließen.

Trier. In den am 10. April im großen Saal des Gewerkschaftshauses stattgefundenen, sehr stark besuchten Parallelversammlungen wurde nach einem Referat des Kollegen J a c o b s nachstehende Entschliebung einstimmig angenommen:

Die Mitglieder der Ortsverwaltung Trier des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes nehmen mit Erschütterung von der Tatsache eines weiteren gewaltigen Abbaues von Arbeitskräften im Betriebe der Zigarettenfabrik Haus Neuerburg Trier Kenntnis. Den Forderungen und Bemühungen ihrer gewerkschaftlichen Organisation und Betriebsvertretung konnte infolge der katastrophalen Produktionsverminderung nur in bescheidenstem Rahmen Rechnung getragen werden. Die Hoffnungen auf eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage als Auswirkung der am 29. Januar d. J. tarifvertraglich vereinbarten Einführung der 42½stündigen Arbeitswoche haben sich in keiner Weise erfüllt. Eine nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch volkswirtschaftlich unbegreifliche Rationalisierungsmethode untergräbt für die Arbeiterschaft der betreffenden Industrie jede Möglichkeit einer sozialen Neugestaltung ihres Arbeitsverhältnisses. Teilweise bedingt werden diese Verhältnisse durch eine in ihrer Wirkung die gesamte Zigarettenproduktion hemmende Steuerpolitik. Ebenso wie in den Standorten der Zigarettenindustrie im übrigen Reich, leidet die Trierer Zigarettenarbeiterschaft insbesondere seit Beginn dieses Jahres durch eine in furchtbarem Ausmaße sich bemerkbar machende Kurzarbeit. Die durch das Reich garantierten, von den ausübenden Organen insbesondere für die ländliche Arbeiterschaft in einem alles anderen als sozial zu bezeichnenden Sinne ausübten Unterstützungsmaßnahmen können der Zigarettenarbeiterschaft keinesfalls genügen, ihr über die Schwierigkeiten ihrer wirtschaftlichen Lage hinwegzuhelfen. Selbst bei der Verwirklichung der erhofften Besserung in der Gesamtwirtschaft, wird für die Zigarettenindustrie von Neueinstellungen, oder gar nur Beendigung des Personalabbaues keine Rede sein können. Wir verlangen deshalb mit aller Entschiedenheit die Ausnutzung aller gegebenen Möglichkeiten der Wiedererlangung der Produktion in der Zigarettenindustrie. Um dieser unserer Forderung gerecht werden zu können, muß deshalb unter allen Umständen die Aufhebung der in der Dezember-Notverordnung enthaltenen Bestimmung des Verbotes eines Verkaufes von Einzelzigaretten erfolgen. Die Preisgestaltung auf dem deutschen Zigarettenmarkt gestattet es großen Teilen der Bevölkerung nicht, unter den durch die Notverordnung geschaffenen Voraussetzungen zum Konsumenten zu werden. Die staatspolitischen Versuche der Förderung des Wirtschaftslebens könnten durch die von uns geforderten Maßnahmen, wenn auch nur in kleinem Maßstabe, in die Tat umgesetzt werden. Die Wiedereinführung des Einzelverkaufes von Zigaretten, und sei es nur für Marken in der Preislage bis zu 5 Pf. für das Stück, wird zweifellos die Wiederbelebung der Zigarettenproduktion fördern. Die Verdrängung unserer Forderung durch die Regierung muß möglich sein, selbst unter der Voraussetzung eines energischen Sich-zur-Wehrsetzens der privatmonopolistisch gebundenen Unternehmen in der deutschen Zigarettenindustrie. Die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes sehen sich veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß es den Zigarettenfabrikanten trotz der enormen steuerlichen Belastung möglich sein muß, auch heute noch die Zigarette in der früheren Preislage ohne qualitative und quantitative Verschlechterung abzusetzen. Die Behauptung stützt sich auf das Wissen um die gewaltigen Ersparnisse an Löhnen durch ein in unerhörtem Maße durchgeführtes Rationalisierungstempo. Die Unsicherheit der Existenz der gesamten deutschen Zigarettenarbeiterschaft muß für die maßgebenden Instanzen eine Verpflichtung ihrer tatkräftigen Hilfe sein. Diese Hilfe kann der Zigarettenarbeiterschaft zum Teil durch die Wiedereinführung des Einzelverkaufes von Zigaretten gewährt werden.

Statistikarten und Fragebogen

Für die Zahlstellenverwaltungen, die keinen Fragebogen auszufüllen haben, liegt dieser Zeitungsendung eine Statistikkarte für den Monat April bei. Den übrigen Zahlstellenverwaltungen werden die Fragebogen für April, Mai und Juni als Drucksache zugestellt. Die richtig und vollständig ausgefüllten Statistikarten und Fragebogen müssen dem Verbandsvorstand in Bremen spätestens bis zum 7. Mai zugesandt werden, und zwar auch dann, wenn keine arbeitslosen, kurzarbeitenden oder überarbeitenden Mitglieder in der Zahlstelle sind. Als Zähltag ist der 25. April zu nehmen. Zahlstellen, die versehentlich keinen Fragebogen oder keine Statistikkarte erhalten haben sollten, müssen die erforderlichen Angaben auf einer einfachen Postkarte machen. Die Namen der Zahlstellen, von denen Statistikarten bzw. Fragebogen nicht rechtzeitig eingehen, wird „Die Vertrauensperson“ in ihrer nächsten Nummer bekanntgeben.

Bekanntmachungen

Am 25. April ist der 17. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 31. März. Nordhausen 575.01, Brotterode 184.95, Treffurt 422.12.
- 10. April. Untergruppenbach 121.30, Spremberg 118.50.
- 11. Osterholz-Scharmbeck 200.—, Bruchsal 317.42, Seidenheim 200.—, Brake 600.—, Rotenburg 88.75, Rheda 122.—, Zeitz 54.—, Tangermünde 39.—, Heltershausen 303.—, Warendorf 46.—, Langwedel 280.—, Herzberg 85.—, Dresden 4000.—.
- 13. Fürstehagen 49.50, Helmstedt 69.85, Obercunnersdorf 385.—, Blauen 263.20, Seefen 60.—, Sonneborn 120.—, Spenge 250.—, Schöned 500.—, Treffurt 600.—, Nordhausen 1000.—, Braunsberg 200.—, Strehlen 40.25.
- 14. Breslau 800.—, Freital 200.—, Zwickau 305.25, Hann.-Münden 400.—, Obernied 900.—, Offenbach a. M. 100.—, Gießen 500.—, Bredstedt 306.20, Unterheinriet 71.40, Waldangelloch 86.75, Jella 18.—, Dahme 800.—.
- 15. Hamburg 500.—, Gießen 300.—, Frankfurt a. M. 90.—, Waldorf 475.33, Ebernforde 68.65, Varel 84.30, Bad Orb 88.55, Hildesheim 100.—, Großhüden 197.20, Rogheim 53.50, Neufes 84.65, Mühlfeld t. B. 62.—, Eichersheim 30.—.
- 16. Bremen 700.—, Dresden 700.—, Deynhagen 1000.—, Orlamünde 65.50, Königsbrück 10.95, Halberstadt 100.—, Gera 200.—, Glas 100.—, Schönlanke 100.—, Haynau 7.65, Herford 500.—.
- 17. Mittweida 302.75, Rees 102.50, Altkußheim 600.—, Dillenburg 83.80, Hohenheim 500.—, Rinteln 79.30, Minden 1500.—, Heppenheim 50.—.
- 18. Karlsruhe 50.—.

Bremen, den 21. April 1931.

Joh. Krohn.

Ausgeschlossen nach § 14 des Statuts wurde:

Zigarettenpackerin Hertha Schöning in Berlin, eingetr. am 17. 11. 19.

Gesucht wird:

Eine perfekte Wickelmacherin, die in allen Fassons eingearbeitet ist, nach dem Erzgebirge. Kost und Logis ist vorhanden. Nachfragen beim Gauleiter Max Clement, Dresden-A. 1, Schützenplatz 16 III.

Anerkannt beste Bezugsquelle für

billige böhmische Bettfedern



1 Pfd. graue, gute, geschliffene 80 z 1.— M., halbweiße 1.20 M., 1.40 M., weiße flaumige geschliffene 1.70, 2.—, 2.50, 3.— M., feinste geschliff. Halbflaum-Herrschafte-Federn 4.—, 5.—, 6.—, 1 Pfd. Rufffedern ungeschliffen mit Flaum gemengt, halbweiß 1.75 M., weiß 2.40 M., 3.— M., allerfeinst. Flaumruff 3.50 M., 4.50 M. Versand goldfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpaß. Geld retour. Muster und Preisliste grat.

S. Benisch in Prag XII, Amerika ulice Nr. 902, Böhmen

Gibt ausgelesene

„Tabak-Arbeiter“
an unorganisierte Kollegen
und Kolleginnen weiter!

Gummiwaren Hygien. Artikel. Preisl. T 2 gratis. „Medicus“
Berlin SW 68, Alte Jacobstraße 8

Billige böhmische Bettfedern!



Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliff. 2.50 M., halbweiße 3 M., weiße 4 M., bessere 5 M., 6 M., daunenweiche 7 M., 8 M., beste Sorte 10 M., 12 M., weiße, ungeschliffene Rufffedern 6.50 M., 7.50 M., beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. — Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Zum 1. Mai!

Wenn die Arbeiter und Angestellten am 1. Mai dieses Jahres ihren unerschütterlichen Glauben an eine bessere wirtschaftliche und soziale Zukunft bekunden, so mißbilligen sie nicht nur die jetzige Gesellschaftsordnung, sondern sie sprechen ein vernichtendes Urteil über sie aus.

Noch nie waren die wirtschaftlichen Gegensätze des Kapitalismus so scharf und offensichtlich: dem wirtschaftlichen Fortschritt und der Vermehrung von Gütern und Reichümern stehen namenloses Elend und endlose Leiden der Arbeiterklasse gegenüber.

Trotzdem seit dem Weltkrieg erst wenige Jahre verflossen sind und es dem Kapitalismus noch nicht gelungen ist, die durch den Krieg entstandenen gewaltigen materiellen und moralischen Schäden zu heilen, hat er die Menschheit politisch und wirtschaftlich neuerdings in die schlimmste Krise gestürzt. Die Arbeiterklasse ist dem bittersten Elend ausgeliefert; ihre bescheidenen Erwerbungen werden bedroht und unterbunden. Die wildesten Leidenschaften, Haß und Fanatismus wenden sich in heftigem Kampfe gegen die Demokratie.

Die Kapitalisten mußten bis heute zur Lösung der Wirtschaftskrise keine anderen Mittel ausfindig zu machen als Lohnherabsetzungen, Verlängerung der Arbeitszeit und Unterdrückung der sozialpolitischen Institutionen und Gesetze, d. h. die allgemeine Verschlechterung der Lebenshaltung und die Steigerung des Elends. Auf politischem Gebiet gehören ihre offenen oder uneingestanden Sympathien dem Faschismus, diesem zur Aufrechterhaltung der politischen Herrschaft des Kapitalismus errichteten System des Zwanges, des Terrors und der Gewalt.

Angesichts der erhöhten Gefahren und der ernsteren Bedrängnisse des Augenblicks fällt der Arbeiterschaft die Aufgabe zu, ihren Kampf für die Demokratie und die Verwirklichung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Forderungen mit noch mehr Kraft und Zähigkeit fortzusetzen.

Im Bewußtsein ihrer Bedeutung und ihrer Ziele muß es die Arbeiterschaft zu erreichen wissen, daß der soziale und technische Fortschritt nicht mehr den Interessen einer Minderheit dient, sondern der allgemeinen Steigerung der Lebenshaltung, der Befriedigung der körperlichen und geistigen Bedürfnisse aller Menschen, der Vereitlung einer höheren Gesellschaftsordnung.

In diesem Geiste hat die im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit eingesezte Gemeinsame Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale die brennendsten Fragen der jetzigen Krise geprüft und

versucht, die sich mit Notwendigkeit aus ihr ergebenden Schlüsse zu ziehen.

Den Heilmitteln des kapitalistischen Unternehmertums hat die Arbeiterschaft ihre eigenen Mittel gegenüberzustellen:

- Verkürzung der Arbeitszeit!
- Hochhaltung der Löhne! Bezahlter Urlaub!
- Heraufsetzung des Schulentlassungsalters!
- Erweiterung und Ausbau der sozialen Fürsorge und
- versicherung! Vermehrung der öffentlichen Arbeiten usw.!

Der Wirtschaftsapparat und die wirtschaftlichen Neuerungen aller Art, wie Rationalisierung, Kartelle, Monopole, Kredit-systeme usw., sollen in bessere Uebereinstimmung mit den allgemeinen Interessen der Gesamtheit gebracht werden.

Es gilt, die Angriffe der faschistischen Reaktion mit höchster Energie durch einen unerbittlichen Kampf gegen dieses die Demokratie, die Freiheit und Menschenwürde bedrohende Ungetüm zu beantworten.

Mit der bloßen Aufzählung der den Interessen der Arbeiterklasse und der Allgemeinheit dienenden Lösungen ist es jedoch nicht getan, sondern es muß auch alles versucht werden, um diese Lösungen mit aller der Arbeiterklasse innewohnenden Zähigkeit und Macht sowie mit festem Willen und Begeisterung durchzuführen.

Der gegenwärtige Augenblick ist zu ernst und zu kritisch, um sich noch länger durch eitle Gegensätze und unfruchtbare Tendenz- und Richtungsstreitigkeiten aufhalten zu lassen.

Die Zusammenfassung und Einigung aller Kräfte der Gesamtheit, die in der menschlichen Gesellschaft nach mehr Wohlergehen und Gerechtigkeit streben, ist eine der dringenden und unumgänglichen Voraussetzungen des Sieges unserer Sache.

Die Arbeiterorganisationen sollen in diesem großen Kampfe Sammel- und Stützpunkt sein.

Eine der größten und ernstesten Aufgaben des Augenblicks ist ohne Zweifel die Aufrechterhaltung des Weltfriedens. Wie auf anderen Gebieten und vielleicht noch mehr als auf allen anderen Gebieten ist es hier von größter Wichtigkeit, allen Winkelzügen ein Ende zu setzen und den Gegensatz zwischen den Wünschen und der bestehenden Sachlage, zwischen übernommenen Verpflichtungen und erreichten Resultaten zu beseitigen.

Wohl anerkannt die Mitgliedstaaten des Völkerbundes feierlich den im Friedensvertrag niedergelegten Grundsatz, „daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen erfordert“; seit 10 Jahren ist jedoch auf diesem Gebiete kein entscheidender Schritt unternommen worden. Endlich sind nun durch die für den Monat Februar 1932 an-

Im letzten Wagen Von Leonhard Frank

II.

Der Bahnarbeiter ging so haltlos zwischen den Puffern umher, daß sein Arm beinahe abgequetscht worden wäre von dem anrollenden letzten Wagen.

Die Hand griff gewohnheitsmäßig nach den Kuppelungen. Dann brüllte er dem Lokomotivführer ein Wort vor, das von den Bergwänden als Wutschrei vervielfacht zurückgeworfen wurde.

„Ich mußte übrigens bisher gar nicht, daß der verehrte Herr Präsident zwei Söhne hat.“ Der Herr, ein Staatsanwalt, verbeugte sich, ließ den Agitator zuerst hineinsteigen in den letzten Wagen. „Und freue mich aufrichtig, Sie kennengelernt zu haben. Dieser Zufall!“

Der Agitator ließ die dicke Unterlippe hängen. „Er hat während der Revolution mehr als dreihundert Jahre Zuchthaus mit Erfolg gegen Arbeiter beantragt, ist zweifellos über alle führenden Genossen sehr genau unterrichtet, hat sicher auch meine Photographie in seinem Ermittlungsarchiv und weiß ganz bestimmt, daß ich das alles weiß. Weshalb also fabriziert er einen zweiten Sohn für meinen Vater? Will er sich lustig machen? Gut, unterhalten wir uns, die Fahrt ist lang.“

Durch den Tonfall, kaum merklich ironisch, hatte der Staatsanwalt zu verstehen gegeben, daß ihm das Nichtvorhandensein eines zweiten Sohnes bekannt sei.

„Und wie erklären denn nun Sie sich diese Ungeheuerlichkeit, daß Ihr Bruder, dem Ihr Herr Vater doch gewiß dieselbe sorgfältige gutbürgerliche Erziehung hat angedeihen lassen wie Ihnen, dermaßen entgleisen konnte?“, fragte er und lächelte.

Ebenso ruhig wie er stehend auf dem Bretterstoße gewartet hatte, bis der Tumult verklungen, ließ der Agitator erst Sekunden vergehen und sagte dann mit demselben Lächeln: „Nehmen wir also an, zwei Söhne eines geachteten Mannes haben die gleiche Mutter und Amme, werden gleich streng erzogen durch die gleichen Lehrer, haben sozusagen von der Wiege an die gleichen Erlebnisse.“

„Nun?“, fragte interessiert der Staatsanwalt, da der Agitator pausierte. Beide saßen zurückgelehnt.

„Paul paßt sich schon als Kind dem Leben an und tauscht dafür die Vorteile und Genüsse seiner Klasse ein, wird seinem Vater gleich, wird gleich seinem Vater ein geachteter Mann; Eugen hingegen protestiert von Jugend an, will sich nicht selbst lassen, steigt schließlich ganz aus dem Gleis und tritt über zur Arbeiterklasse. So erklärt mein Bruder sein Verhalten der Umwelt gegenüber. Sie sehen, ich komme dabei schlecht weg, obwohl er der Ausgerutschte ist.“

„Ausgerutschte! Wenn er nur ein Ausgerutschter wäre, ein flotter Junge der Schulden machte, nichts arbeitete, verbum-

beraumte allgemeine internationale Abrüstungskonferenz günstige Aussichten eröffnet worden.

Arbeiter und Angestellte! Das Jahr 1931 ist für euch ein Jahr der Vorbereitung der Geister zugunsten des Friedens und der Abrüstung! Ihr müßt das Gewissen aller jener wachrufen, denen die Erhaltung unserer Kultur und Zivilisation nahe geht!

Unser Erfolg wird bedingt durch die Erhaltung und den Ausbau der freien Gewerkschaften, den Kampf für anständige Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit, den Sieg der Demokratie und der Freiheit!

Die internationale Gewerkschaftsbewegung fordert am 1. Mai: Allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit! Arbeit und Brot! Aufrechterhaltung und Ausbau der Sozialversicherung für alle! Abrüstung! Frieden!

Internationaler Gewerkschaftsbund
Der Vorstand:

Walter M. Citrine (Großbritannien), Vorsitzender

S. Jacobsen (Dänemark), L. Jouhaux (Frankreich), Th. Leipart (Deutschland), E. Mertens (Belgien), K. Tayerle (Tschechoslowakei), Vize-Vorsitzende

W. Schevenels, Generalsekretär

G. Stolz, Untersekretär.

Das Lebensschicksal der Kriegerhinterbliebenen

Von Martha Harnock, Bundessekretärin des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen

Das Schicksal der Kriegerhinterbliebenen ist unter den vielen harten Lebensschicksalen, an denen unsere Zeit so reich ist, fast vergessen. Vergessen sind diese Massen, deren Schicksal das deutsche Volk mittragen wollte, weil man damals, in der Stunde der Gefahr, in Dankbarkeit das Opfer für den Schutz und die Sicherheit der Allgemeinheit anerkannte. Schnell vergessen sind die Familien, die durch dieses Opfer in bittere seelische und wirtschaftliche Not gekommen sind. 600 000 Kriegerwitwen und 1 Million Kriegerwaisen! Das sind Familien, die durch den Krieg ganz besonders heimgesucht wurden. Wer fragt aber heute noch nach dem Lebensschicksal der Kriegerhinterbliebenen? Allgemein ist man der Auffassung, daß es diesen Familien eigentlich gut geht. Man kann sogar häufig hören, daß der Staat die Kriegerwitwen sehr gut versorge.

Wie ist denn nun aber das Lebensschicksal der Kriegerhinterbliebenen wirklich? In Deutschland leben heute noch 378 000 Kriegerwitwen. Die meisten von ihnen standen auf der Höhe des Lebens, viele waren erst kurze Zeit verheiratet, als der Krieg ausbrach. Die wirtschaftliche Sicherheit der Familien war durch den Beruf des Ehemannes gegeben, die Kinder wuchsen in gefunden Verhältnissen heran. Aus dieser gesicherten Existenz, aus diesem Arbeiten für das Wohl der Familie riß der Krieg die Familien heraus. Die Frauen blieben mit ihren Kindern in bitterer Not zurück. Von dem Augenblick an, da der Mann dem

melte! Das kann in jeder gutbürgerlichen Familie vorkommen. Jedoch seine Kulturpflicht, alles, was ein Angehöriger unserer Kreise seiner Erziehung und seinem Stande schuldet, zu vergessen und sich Existenzen anzuschließen, die unser Volk mit aller Gewalt dem Abgrunde zutreiben, das, wahrhaftig, ist unbegreiflich bei einem Sohne aus guter Familie. Sie entschuldigen schon, daß ich so rückhaltlos über Ihren Bruder spreche, Herr Doktor. Verzeihung, Sie haben doch Ihr Examen schon gemacht?"

„Ich bin Doktor der Nationalökonomie.“

„Ihr Bruder auch, wie? Wenn ich nicht irre.“

„Auch mein Bruder ist Doktor der Nationalökonomie. Wir sind Zwillinge.“

„Ich habe übrigens erst kürzlich wieder mit Ihrem Herrn Vater diesen peinlichen Fall besprochen, und der Herr Präsident war ...“

„... ganz derselben Meinung, kann ich mir denken. Mein Bruder hingegen — er plaudert noch zuweilen mit mir — ist der Meinung, daß durch den Krieg die Nation in den erwähnten Abgrund gerutscht ist, und daß immer wieder Kriege kommen müssen, solange die Produktionsmittel nicht überführt seien in gesellschaftliches Eigentum.“

„Und zu denjenigen, die glauben, daß diese kleine Ueberführung halbwegs friedlich stattfinden gehen werde, wenn nur die Zeit und die ökonomischen Verhältnisse und der Kapitalismus und die Arbeiterklasse dafür reif und auch die außenpolitische

Rufe an die Front folgte, um für die Sicherheit der Heimat zu kämpfen, begann für die Familie der Kampf mit der Entbehrung.

Das Ende des Krieges brachte denjenigen, die ihre Männer geopfert hatten, kein Ausruhen. Sie erlebten noch einmal und noch bitterer den schmerzlichen Verlust; der Lebenskamerad, der Vater der Kinder, kehrte nicht wieder. Damit kam zur materiellen Not für die Witwe eine Einsamkeit, die sich immer mehr verstärkt, je weniger in unserem Volk Verständnis für ihre Nöte vorhanden ist. Eine Versorgung von rund 37 RM. Rente in Ortsklasse B und 34 RM. Zusatzrente, die jederzeit entzogen werden kann und nur bei Bedürftigkeit gezahlt wird, kann wirklich nicht als Existenzminimum einer Witwe angesehen werden. Ob wohl alle diejenigen, die glauben, daß die Kriegerwitwen gut versorgt seien, um diese Versorgung Lebensglück, Sicherheit, Gemeinamkeit und volles Frauentum hingeben möchten?

621 000 Kriegerwaisen entbehren die führende Hand des Vaters. Sie haben den Wunsch, durch ihre Arbeit ihre Zukunft selbst zu sichern. Die meisten dieser Waisen stehen in der Berufsausbildung. Not und Entbehrung haben sie zusammen mit der Mutter getragen. Sie sehen, wie die Mutter, die ihnen die Heimat erhalten hat, sich aufopfert, um ihre Zukunft zu sichern. Nach der Vollendung ihrer Berufsausbildung sind sie in den meisten Fällen arbeitslos. So bietet sich ihnen nach der freudlosen Jugend auch nicht einmal eine freudige Zukunft oder auch nur die Aussicht auf ein einigermaßen gesichertes Leben. Das Einkommen der Mutter reicht kaum zum eigenen Lebensunterhalt. Soweit die Waisen aber Einkommen haben, sind sie verpflichtet, für ihre Mutter zu sorgen, da dann die Rente gekürzt wird. Wie sollen aus diesen Waisen freudige Staatsbürger werden, wenn man so wenig für die Zukunft dieser Kinder tut?

Die Renten sind seit 1925 kaum erhöht, Beihilfen, besonders auch Erziehungsbefreiungen, sind abgebaut oder stark eingeschränkt.

Auch das Schicksal der 366 462 Kriegereltern steht unter dem furchtbaren Verlust, den sie für die Sicherheit des Vaterlandes erlitten haben. Welcher Vater, welche Mutter könnte vergessen, daß der Sohn vielleicht unter furchtbaren Schmerzen fern von ihnen den Tod erdulden mußte oder daß er gar als vermißt gemeldet wurde? Noch heute brennen diese Wunden in den Herzen der Eltern. Auch die geringe materielle Unterstützung kann diese Wunden nicht heilen. Werden aber die Eltern, denen durch die scharfen Fristbestimmungen des RMG, jede Möglichkeit auf eine materielle Unterstützung genommen ist, jemals verstehen können, daß sie für den Verlust ihrer Söhne von dem Staat nichts erhalten, weil man für ihr Schicksal kein Verständnis mehr hat? Ist wirklich die Not in Deutschland so groß, daß man diejenigen nicht mehr versorgen kann, die das größte Opfer für den Schutz des Staates und für den Schutz des Eigentums der Staatsbürger gebracht haben?

Es lohnt sich, einmal darüber nachzudenken, wie sich das Lebensschicksal der Kriegerhinterbliebenen weiter gestalten soll. Das Mindeste, was man verlangen kann, ist wohl eine gesicherte Existenz, darüber hinaus aber Verständnis für die gebrachten Opfer, damit die Einsamkeit und damit auch die Bitterkeit den Kriegerhinterbliebenen das dargebrachte Opfer nicht noch schwerer mache, als es so schon zu tragen ist.

Lage und noch ein paar Duzend anderer Dinge grad einmal günstig sein werden für diesen kleinen Hopsen, gehört Ihr Bruder nicht, wie?“ fragte lächelnd der Staatsanwalt und forderte den z-beinigen Gamaschenherrscher, der halb im Laufgang, halb im Abteil stand und sein Ohr hereinreckte, mit einem unmerklichen Kopfschütteln auf, sich zu entfernen, trat an das Fenster, zu sehen, ob der Zug bald abfahre.

„Dieses hundertfiebzig Zentimeter lange Ohr habe ich doch schon irgendwo gesehen... Sollte mein Leibspizel etwa schon zum Provokateur avanciert und dieser Anfänger mir als Leibspizel zugeteilt worden sein?“, dachte der Agitator und zeigte dem Gamaschenherrscher jenes muntere Lächeln, das wie ein vorgehaltener Revolver auf alle Spizel wirkt, die nicht schon ganz kaltblütig sind.

Der Spizel lächelte munter zurück

„Also doch kein Anfänger!“

„Wir lieben einander so, daß auf dieser Erde nichts geschehen kann, das unsere Liebe ernsthaft zu gefährden vermöchte. In uns, in unserer Liebe, ist die Welt erlöst“, sagte der Bankier zu seiner jungen, hochschwangeren Frau und führte sie überaus behutsam zum letzten Wagen. „Welch ein Glück, zu arbeiten, zu leben und zu sterben für dich. Welch ein Glück!“

Außer diesem Ehepaar saßen in diesem Abteil des letzten Wagens: ein Geistlicher, ein Offizier, ein Universitätsprofessor, ein Chefredakteur und der Kurzwarenreisende, der bereitwilligst

Arbeitslosigkeit, Frauenarbeit, Doppelverdienst

Die Frauensektion des Oesterreichischen Gewerkschaftsbundes veranstaltete kürzlich eine Konferenz zur Besprechung der Frage der Arbeitslosigkeit, der Frauenarbeit und des Doppelverdienstes. Nach eingehender Diskussion gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, die ungefähr der Stellungnahme der freien Gewerkschaften der meisten anderen Länder gleichkommt. Es heißt darin u. a.:

Die in der öffentlichen Diskussion aufgetauchte Meinung, als Doppelverdiener auch die berufstätigen Ehegatten zu bezeichnen, führt vielfach dazu, daß man gegen die verheirateten berufstätigen Frauen Stellung nimmt. Die Konferenz stellt fest, daß die erdrückende Mehrheit der im Berufsleben stehenden Ehefrauen zur Ausübung des Berufes aus materiellen Gründen gezwungen ist. Gesetzliche Maßnahmen gegen die Berufsarbeit der verheirateten Frauen sind schon deshalb unmöglich, weil die Familienverhältnisse ganz verschieden sind, deren Beurteilung ganz unmöglich erscheint und die Schaffung eines kostspieligen Kontrollapparates erfordern würde. Aber auch vom staatsbürgerlichen Rechtsstandpunkt aus ist es nicht möglich, ein allgemeines Arbeitsverbot für verheiratete Frauen oder ein solches für einzelne Gruppen von Ehefrauen zu erlassen. Maßnahmen gegen die Arbeit verheirateter Frauen würden die Frauenarbeit nicht einschränken, sondern die Frauen auf andere Arbeitsgebiete, besonders auf die der schlechtentlohnenden und unkontrollierten Heimarbeit oder der nichtversicherungspflichtigen Gelegenheitsarbeit abdrängen.

Wie man sieht, treten in Oesterreich bei der Beurteilung dieser aktuellen Fragen die gleichen Gesichtspunkte in den Vordergrund wie in den meisten anderen Ländern. Sie können auf folgende Formel gebracht werden: 1. Der Doppelverdienst entspringt in der Mehrzahl der Fälle einer materiellen Notwendigkeit. 2. Wenn mit Maßnahmen gegen den Doppelverdienst nur jene getroffen werden sollen, bei denen wirklich unsozialer Doppelverdienst in Frage kommt, so hält es äußerst schwer, diese Kategorie zu erfassen; außerdem ist die Zahl dieser Doppelverdiener so gering, daß die Beseitigung sozialen Unrechts zu den dafür notwendig werdenden Mühen und Maßnahmen in keinem Verhältnis steht. Und wenn schließlich das soziale Verantwortungsbewußtsein bei diesen wenigen nicht die nötige Korrektur schafft, so wird es wahrscheinlich auch das Gesetz nicht können, denn das Gesetz müßte im Interesse der gerechten Behandlung aller Zweifelsfälle so viele Ausnahmen machen, daß auch die wenigen unsozialen Doppelverdiener durch die Maschen dieses Gesetzes schlüpfen würden.

Wie schwierig es ist, den Begriff des Doppelverdieners richtig zu fassen, zeigte sich kürzlich bei einem Dreigespräch im deutschen Rundfunk. Nachdem von einem der Redner an Hand von Statistiken gezeigt worden war, daß, abgesehen von Hausangestellten, selbständigen und mithelfenden Ehefrauen oder von Frauen, die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt sind, nur 570 000 verheiratete Frauen im Erwerbsleben stehen, wurde mit folgenden Ausführungen auf die Schwierigkeit der richtigen Erfassung der Doppelverdiener hingewiesen:

seinen Fensterplatz der Schwangeren überließ. Ob er ihr sein Reisekissen anbieten dürfe.

Sie dankte freundlich, zog selbst eines aus dem Koffer und sah sofort wieder ihren Mann an, schien dabei gleichzeitig in ihren Leib hineinzusehen.

„Wäre mir ein Vergnügen gewesen,“ rief der Reisende noch und machte sich schmal, damit es die Schwangere bequemer habe. Seine Stimme war so scharf, daß der Agitator, der allein mit dem Staatsanwalt im Nebenabteil saß, das U-Bekrächze einer Schar Raben zu hören glaubte.

Der Universitätsprofessor saß zurückgelehnt in der Ecke bei der Tür, eine schottische Reisebede über den Knien, blickte hervor unter der schottischen Reiseumbe, durch klare Augengläser durch, freundlich auf die kleine Höflichkeitsszene, die schon vorüber war. Obgleich nun alle schwiegen, schien es, als ob er ganz besonders schwiege und während der ganzen Reise nicht sprechen würde.

Durch die Besorgtheit des Reisenden um die junge Frau war in diesem Abteil eine angenehme Stimmung von Zusammengehörigkeit entstanden. Sogar der Offizier hatte, bei aller gegebenen Reserve, einen freundlichen Zug um den Mund, obwohl eine Vorstellung noch nicht erfolgt war. Und des Gefilichen wehmütig-herzlicher Gesichtsausdruck zeigte rückhaltlos, daß nur gegenseitige Güte und Liebe die unabwendbaren Härten des Lebens mildern können.

In vier halben Million sind auch solche Frauen enthalten, die spezifische Frauenarbeit leisten, d. h. Frauen, die nicht durch Männer ersetzt werden können, z. B. in der Wohlfahrtspflege, in der Schneiderei oder in der Glühlampenindustrie. Das ganze Problem ist nicht sofort zu lösen. Soll man etwa einer Frau verbieten, Geld zu verdienen, deren Mann krank oder Kurzarbeiter ist? Oder deren Mann jahrelang arbeitslos war und durch dessen Arbeitslosigkeit der ganze Haushalt heruntergekommen ist? Es gibt viele Familien, in denen die Männer nur teilweise beschäftigt sind. Soll hier die Frau nicht mithelfen? Wie soll man sich ferner zu einer Frau stellen, die im Wirtschaftsleben steht und die nur dort steht, um ihrem Mann ein Studium zu ermöglichen? Ein anderes Moment kommt hinzu: die meisten Familien sind heute bei der Wohnungsknappheit gezwungen, ihr Leben auf einem engen Raum zu verbringen. Es besteht bei vielen dieser Familien für die Frau nicht einmal die Möglichkeit, sich häuslich zu betätigen. Sollen diese Kräfte brach liegen bleiben? Man bedenke, daß bei der heutigen Wohnungsnot 800 000 Frauen keine eigene Wohnung besitzen.

Die Diskussion ergab in der Hauptsache, daß das wirtschaftliche Eigenleben der Frau gewahrt werden muß, daß sich die Angriffe hauptsächlich gegen die Minderverdienenden richten, und daß die hohen Löhne und Gehälter unberücksichtigt bleiben.

Worte und Taten

Tag für Tag liest der Gewerkschafter in den Zeitungen von der Wirtschaftsnot. Für viele ist die Schilderung von dem wirtschaftlichen Elend dieser Zeit nichts Neues, spürt er doch die Wirkungen der Arbeitslosigkeit am eigenen Leibe. Manche Kolleginnen und Kollegen hören, daß das große Industrieunternehmen, in dem sie viele Jahre gearbeitet haben, pleite ist. Mangel an Aufträgen, fällige Zinsen, Wechselschulden und was sonst an Gründen angegeben wird, sind die Ursachen. In den Gewerkschaftsversammlungen wird die plan- und sinnlose Wirtschaft der bürgerlichen Gesellschaft kritisiert und als Ziel zu deren Beseitigung die Eigenwirtschaft der arbeitenden Menschen, der Sozialismus gefordert. In einer Entschliebung wird die klare Erkenntnis der Versammelten zum Ausdruck gebracht.

Nach der Versammlung leert sich langsam der Saal des Gewerkschaftshauses und in Gruppen gehen die Kolleginnen und Kollegen auf die Straße. Viele sind arbeitslos und nehmen ihren Weg nach Hause. Aber es sind noch eine erhebliche Zahl Vollbeschäftigter darunter, die noch eine Stunde zusammenbleiben wollen, zumal die Aussprache und Unterhaltung durstig gemacht hat. Der Gedanke, im Restaurant des Gewerkschaftshauses ein Glas Bier oder eine andere Erfrischung zu trinken, kommt keinem unserer Freunde. Zwar ist es in der Gaststube ihres eigenen Heimes sauber, hell und lustig, und voll Stolz zeigt man es gern auswärtigen Verwandten, zumal Speisen und Getränke gut und preiswert sind. Aber beim fidelen Ede an der krummen Ecke ist es doch gemütlicher. Vor Rauch sieht man kaum den Wirt, der hembärmelig hinter der Theke hantiert. Mit Mühe finden unsere Kollegen Platz an einem etwas wackligen Tisch, der von verschüttetem Bier klebrig ist. Die Aschenschale ist voll, deshalb liegt ein Teil der Stummel auf dem Tische. Farben-

Der Bankier, entschlossen, ein zärtlicher Vater zu werden, bemühte sich um seine Frau, die noch im Laufe der kommenden Woche gebären sollte. Und sie zog ihren Blick nur zurück, um ihn in ihren Leib zu senken.

„Vermutlich werde ich auch bei den noch kommenden politischen Sensationsprozessen wieder der Anklagevertreter sein. Nun stellen Sie sich meine Situation vor, wenn, verheßt und geführt durch Ihren Bruder, die Arbeiterchaft wieder einmal streiken oder demonstrieren, plündern und mit der Polizei oder dem Militär zusammenstoßen würde. Dann müßte ich gegen ihn, gegen den Sohn unseres hochverehrten Herrn Präsidenten, eine hohe Strafe, möglicherweise gleich 15 Jahre ...“

„... Oder gar die Todesstrafe?“

„... Gewiß, bei Zugrundelegung ehrloser Gesinnung, unter Umständen die Todesstrafe beantragen.“

„Gegen mich. Sehr nett.“

„Welch eine Situation für mich! Begreifen Sie?“

„Ich begreife. Sie können einem direkt leid tun.“

„Vor allem aber doch der Herr Präsident!“

„Und am Ende gar auch noch mein Bruder?“

„Wenn Sie wollen auch er! Aber: Revolution ist Kampf ...“

„Das sagt mein Bruder auch immer.“

„... Und wer sich in Gefahr begibt, muß damit rechnen, daß er darin umkommt... Den Psychiater würde Ihr Bruder, wie

roher wird dieser Müllplatz durch Eierschalen, die einer, der seinen Hunger stillte, mit abgelagert hat. Nach einigem Rufen bringt der Wirt das Bier, der Glaserrand ist etwas fränzig, was aber weiter nicht geniert. Einer der Kollegen will eine Zehn-pfenniggarre. Die Bedienung ist flott. Der Wirt greift in die linke obere Westentasche, und langt aus diesem Behälter den gewünschten Stumpfen. Er kann die Preislagen nicht verwechseln, denn die Zwöspfenniger sind rechts. Die Kollegen trinken an und erhitzen sich noch einmal über das Versammlungsthema. Vor allem wird ein schärfer Kampf der Gewerkschaftsleitungen für den Sozialismus verlangt.

Unterdessen hat der Referent, der von auswärts ist, mit den Vermaltungsmitgliedern noch einige Worte gemischt und will sich verabschieden. Erstaunt wird er gefragt, ob er nicht im Gewerkschaftshaus übernachtet. Da staunt nun der Referent, daß das Gewerkschaftshaus so schöne und billige Hotelzimmer hat. Leider hat er sich schon im Hotel „Zum deutschen Kaiser“ ein Zimmer bestellt. Aber er will gern seine Kollegen auf das Hotel im Gewerkschaftshaus aufmerksam machen. Am anderen Tage, auf der Rückfahrt, sieht sich der Referent noch einmal sein Vortragsmanuskript an. Er macht sich eine Notiz, um in der nächsten Versammlung die Kolleginnen und Kollegen noch stärker zur Unterstützung der Eigenunternehmen der Arbeiter anzuhaken.

Inzwischen kämpfen die Leitungen unserer Gewerkschafts- und Volkshäuser einen verzweifelten Kampf, um die Unternehmungen über die schwere Zeit hinwegzuhelfen. In langen Jahren, mit vielen Opfern, sind unsere Häuser aufgebaut worden. Sollen sie an der Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit der Gewerkschaftskollegen zugrunde gehen?

Massenprotest der Kriegsoffer

Der Versorgung der Kriegsoffer drohen schwere Gefahren. Seit 1927 sind die Rechte der Kriegsoffer in erheblichem Umfange eingeschränkt und durch Aufhebung von gesetzlich gewährleisteten Kann-Ansprüchen im Gesetz begründete Leistungen abgebaut worden. Wiederholt von Reichsregierungen und vom Reichstag gegebene Versprechungen, die Lage der Kriegsoffer zu bessern, blieben unerfüllt. Jetzt wird sogar geplant, die gesetzlich gesicherten Rechtsansprüche der Kriegsoffer anzutasten und eine Kürzung der Renten und Zuschüssen vorzunehmen. Dagegen hat der Bundesvorstand des fast eine halbe Million Mitglieder umfassenden Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen zu großen Protestkundgebungen aufgerufen. In allen Ecken des Reiches werden am 19. und 26. April 1931 die Kriegsoffer dem Rufe des Reichsbundes zu Hunderttausenden folgen und in den größten Sälen der Reichshauptstadt sowie der Hauptstädte der Länder und Provinzen für die Erhaltung ihrer Lebensgrundlage demonstrieren. Vom deutschen Volke wird erwartet, daß es sich seiner Ehrenpflicht gegenüber den Opfern des Krieges bewußt bleibt und mit ihnen der Reichsregierung zuruft:

Hände weg von den Renten der Kriegsoffer!

ich ihn kenne, nicht in Anspruch nehmen; er würde vielmehr den Gerichtssaal als Forum benutzen, um eine Agitationsrede zu halten: die letzte Gelegenheit benutzen, seiner Idee zu dienen.“

„Mit dem möglichen Todesurteil vor Augen!... Und dennoch käme unter Umständen bei mir ehrlose Befinnung und Todesstrafe in Frage?“

„Ja! Denn Führer Ihrer Art sind ganz besonders gefährlich!“

„Und müssen beseitigt werden, wie?“

„So ist es.“

III.

Der Zug begann zu rollen. Vor ihm war aus dieser Kurort-Station, der höchstgelegenen des Landes, ein Güterzug, mit Stammholz beladen, abgerollt. Am Verladeplatz lag noch Baumrinde zwischen den Schienen; die langen, schmalen Rauchfladen klebten noch an den nassen Bergwänden.

Im Laufgang stand allein ein alter Korpsstudent, der Staatsanwalt werden wollte — emporgeschwungener, saftschwarzer Schnurrbart auf schmildurchzogener, bleicher Fläche — blickte auf die senkrecht emporsteigenden, nassen Felswände, hinunter in die Tiefe, wo die Dörferchen, winzig wie aus einer Spielzeugschachtel hingestreut, blau auf grünem Samt lagen. Dabei zog der Korpsstudent seine Unterlippe vor und ließ sie zurück-schnellen, ungefähr in dem Tempo, wie die Telegraphenstangen vorbeirückten; er litt an Langeweile. Und an Wasserfurchen. Deshalb stand er im Laufgang.

Die kulturelle Bedeutung der Konsumgenossenschaften

Die Konsumgenossenschaften sind daran gewöhnt, alle sie berührenden Geschehnisse wirtschaftlich nüchtern zu betrachten, jede neue mittelbare oder unmittelbare Belastung in Mark und Pfennig umzurechnen und jeden neuen Fortschritt auf seinen wirtschaftlichen Wert zu prüfen. Die unbedingt sichere Rechnungsgrundlage ist notwendig, nur dürfen über diese nicht die ideellen Werte der Genossenschaftsbewegung verkümmern. Die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine wird häufig in den Vordergrund gestellt. Man spreche aber auch über die kulturelle Bedeutung der Genossenschaften und sei sich dieser Bedeutung bewußt! Was wäre die Genossenschaft, wenn sich die Mitglieder nicht eines besonderen inneren Wertes bewußt wären, wenn sie nicht getragen wären von dem hohen Gedanken der Solidarität, der gegenseitigen Hilfeleistung? Wo bliebe die Verbundenheit der Mitglieder, wenn nicht ein höherer Gedanke, ein Ideal, unsichtbar der gemeinsamen Arbeit in der Genossenschaft voranschwebte? Was wären wir armen Erdenmenschen überhaupt ohne den Glauben an eine bessere Zeit, an eine bessere Zukunft, ohne ein Wirken für eine bessere Zukunft? Und wir hoffen und wirken dafür, daß die Genossenschaften, diese Urform menschlichen friedlichen Zusammenlebens, die durch die Jahrhunderte und Jahrtausende nur verzerrt und zerrissen ist, wieder zum Hort friedlichen Daseins werden. Die bestehenden Genossenschaften können nur bestehen durch Pflege der Zusammenarbeit und des Zusammenstehens der Mitglieder. Sobald ein Kampfmoment hereingetragen wird, ist der Boden der genossenschaftlichen Idee verlassen, der Verfall tritt ein.

Man stelle sich einmal vor, welche ungeheure und umfassende Erziehungs- und Bildungsarbeit im Laufe der Jahrzehnte von den Genossenschaften geleistet worden ist: durch persönliche Einwirkung der Genossen aufeinander, durch Kurse und Schulen und vor allem durch die Verbreitung von Glauben und Ehrlichkeit, die ausstrahlen von der Handhabung der Geschäfte und von der Ausgabe und Güte der Waren. Man denke auch an die Erziehung, die durch die genossenschaftlichen Eigenschaften an den Außenstehenden ausgeübt wurde. Wenn die Reellität im allgemeinen Geschäftsleben, besonders im Kleinhandel, gewachsen ist, so doch vor allem unter dem Einfluß und Zwang der Genossenschaften. Werten wir alles zusammen, die guten Eigenschaften, die jahrzehntelange Erziehungsarbeit an Millionen Mitgliedern der Genossenschaften, die Erweckung und Förderung des Sparsinns, die vorbildlich soziale Gestaltung des Arbeitsverhältnisses in den Eigenbetrieben der Genossenschaften, so kommen wir auf einen so hohen Stand kulturellen Wirkens, daß wir getrost und ohne Uebertreibung sagen können: Neben der wirtschaftlichen Bedeutung haben die Genossenschaften in unserem Volksleben eine so starke kulturelle Bedeutung, daß ohne sie das öffentliche Leben um etliche Grade trüber vor uns stände. Diese kulturelle Tätigkeit wird weiter gefördert werden, ohne Frage. Nur sollten wir sie bewußter erleben, weil von ihr die große innere Kraft ausströmt, die wir zum Weiterarbeiten brauchen.

Ein Arbeiter, der sich in den Laufgang des Zweite-Klasse-Wagens verirrt hatte, lehnte am Nebensfenster und aß einen grünen Apfel. Er war einer der hundert Entlassenen und fuhr in die Hauptstadt, in der Hoffnung, dort Arbeit zu finden.

„Beseignete Fluren.“

„Aber Kohlen, Kohlen fehlen uns,“ wiederholte hartnäckig der Kurzwareneisende.

Und der Geistliche: „So Gott will, werden wir bald auch wieder Kohlen haben.“

Auf „Gott“ antwortete der Reisende nicht; er sagte: „Ohne Kohlen keine Produktion. Ohne Produktion kein Export. Und ohne Export keine Schuldentilgung und kein neuer Aufschwung. Das ist klar. Kohle ist alles.“

Die Schwangere hatte die Augen geschlossen. Sie lebte ihre zwei Leben für sich.

Der Spitzel erschien an der Tür, blickte interessiert das Gespräch an. Der Staatsanwalt winkte offen lächelnd ab.

„Im Parterre bastelt einer seine ganze Jugendzeit hindurch Dampfmaschinen; der im Stock über ihm sammelt Schlangen; es gibt welche, die alles sammeln, und welche, die prinzipiell nur das sammeln, was sie auf der Straße finden... Meine Jünglingsleidenschaft nun war das Studium der politischen Prozesse und revolutionären Bewegungen aller Völker und Zeiten. Heute bin ich Staatsanwalt. Mein Leben ist aus einem Guß.“

(Fortsetzung folgt.)